

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(1) Kommentar zum amerikanisch-sowjetischen Treffen in Wladiwostok

Es ist kein Geheimnis, daß in Peking das sowjetisch-amerikanische Treffen ausgerechnet in dem der chinesischen Grenze so nahen sibirischen Wladiwostok von den Chinesen als Affront empfunden wurde. Die JMJP hat am 3.12. erstmals indirekt zu diesem Gipfeltreffen Stellung genommen: "Je lauter die beiden Supermächte über die Abrüstung lamentieren, desto mehr steigen ihre Militärausgaben. Sie sind in einen wahnsinnigen Rüstungswettkampf verstrickt... Das Rüstungswettrennen geht unvermindert weiter. Wo wird denn wirklich abgerüstet? Ihr sowjetischen Revisionisten, wenn ihr durch eure sogenannte Abrüstung wirklich Geld einspart, dann versucht doch, euer eigenes Ernährungsproblem zu lösen. Ihr tut alles, nur das nicht. Einerseits rüstet ihr wie die Wahnsinnigen, andererseits kauft ihr auf dem Weltmarkt Getreide. Ihr macht euch auf diese Weise mitschuldig an den steigenden Weltmarktpreisen und an den immer größer werdenden Ernährungsproblemen der Dritten Welt."

Die Chinesen empfanden die Wahl Wladiwostoks als taktlos. "Sie liegt so nahe an unserer Grenze", habe sich ein hoher chinesischer Funktionär über die Hafenstadt am Pazifik geäußert (FAZ, 18.11.74), die China im letzten Jahrhundert aufgrund des "ungleichen Vertrages" von Peking (1860) zusammen mit dem ganzen Küstengebiet von der koreanischen Grenze bis zur Amurmündung an das zaristische Rußland hat abtreten müssen.

(S.unten, Karte: Gebiete Chinas, die an Rußland verloren gingen, aus: Die Zeit, 6.12.74).

(2) Hochrangige Partei- und Regierungsdelegation der VR China in Tirana zu den Feiern des 30. Jahrestages der Befreiung Albaniens eingetroffen

Eine Delegation unter Leitung des Politbüromitglieds Yao Wen-yuan traf am 27. November in Albanien ein, um an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Befreiung des

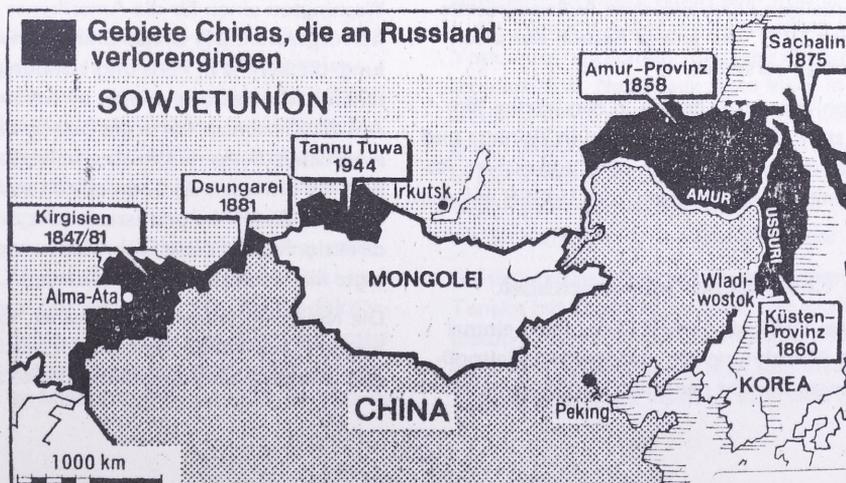
Landes teilzunehmen. Dabei wird betont, daß "die Völker Chinas und Albaniens eng verbundene Waffenbrüder sind und daß unsere beiden Länder eine tiefe revolutionäre Freundschaft und militante Einheit im Kampf gegen ihre gemeinsamen Feinde geschmiedet haben. Diese Freundschaft und diese Einheit sind eine enorme Macht, sie basieren auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus und sind unzerstörbar (NCNA, 28.11.74).

Seit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking im Februar 1972 war es zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Peking und Albanien gekommen. Seit die VR China im übrigen mit einer großangelegten diplomatischen Offensive begonnen hat, sich möglichst vielen Staaten anzunähern, ist Albanien, das noch während der Kulturrevolution als bedeutendster Bezugspartner Pekings angesprochen war, weitgehend aus dem chinesischen Gesichtskreis verschwunden.

(3) Hsinhua kommentiert jugoslawische Herbstmanöver: "Angreifer beschwört für sich selbst eine Katastrophe herauf"

Zu den in Jugoslawien durchgeführten Manövern "Herbst 74" nimmt Hsinhua (NCNA, 4.12.74) mit Engagement Stellung: "Heute, wo so eifrig von 'Entspannung' geredet wird, erkennt das jugoslawische Volk deutlich, daß noch dunkle Wolken des Krieges über ihm schweben. Die Kriegsgefahr in Europa, vor allem im Mittelmeerraum, bleibt bestehen. Im April deckte das jugoslawische Amt für Öffentliche Sicherheit eine von einem fremden Land unterstützte antijugoslawische Clique auf. Dies zeigt, daß der Feind seine Subversionsbestrebungen gegenüber Jugoslawien nicht aufgeben hat. Außerdem hat der Feind wiederholt Militärmanöver direkt an den jugoslawischen Grenzen durchgeführt, was das jugoslawische Volk zu neuer Wachsamkeit veranlaßt hat.

Angesichts der fremden Aggression und Subversion haben die jugoslawische Regierung und das jugoslawische Volk eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die nationale Unabhängigkeit zu wahren.



gigkeit und Souveränität des Landes zu verteidigen. Die im Februar von der Bundesversammlung verkündete neue Verfassung unterstreicht die Entschlossenheit Jugoslawiens, seine Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen, erforderlichenfalls durch bewaffneten Kampf und andere Formen des volksweiten Widerstandes. Jugoslawien wird sich niemals an militärischen und politischen Bündnissen beteiligen, von deren Mitgliedern gefordert wird, ihre Streitkräfte einem von einer Supermacht befehligten gemeinsamen Hauptquartier zu unterstellen und Beschränkungen ihrer Souveränität hinzunehmen. Jugoslawien hat dem Prinzip, sich im Hinblick auf die Verteidigung der Nation auf die eigene Kraft zu verlassen, höchste Bedeutung eingeräumt. Die Regierung hat große Anstrengungen zur Stärkung der nationalen Verteidigung unternommen. In Belgrad allein beteiligen sich 270.000 Personen, ein Viertel der Einwohnerschaft, an den volksweiten Verteidigungsaktivitäten. In Bosnien und der Herzegowina mit einer Bevölkerungszahl von 4 Millionen gehören rd. 400.000 Personen örtlichen Verteidigungskorps und 100.000 Personen Zivilverteidigungsgruppen an. 750.000 Personen haben verschiedene Formen der militärischen Ausbildung absolviert. Wer es wagt, das wachsame jugoslawische Volk anzugreifen, beschwört für sich selbst eine Katastrophe herauf" (NCNA, 4.12.74).

China hat in den letzten Monaten seine Verbindungen auf allen Ebenen - außer auf Parteiebene (Jugoslawien gilt ja nicht mehr als sozialistischer Staat!) - verstärkt und damit seiner antisowjetischen Balkanpolitik Nachdruck verschafft.

(4) Engere jugoslawisch-chinesische Beziehungen

China und Jugoslawien wollen ihre Beziehungen "erweitern und stärken". Eine Vereinbarung dieses Inhalts wurde nach offizieller Mitteilung bei Gesprächen getroffen, die der stellvertretende chinesische Außenminister Yü Chan während eines viertägigen Besuches in der jugoslawischen Hauptstadt führte. Yü Chan kam mit dem Auto aus Tirana, wo er an den KP-Jubiläumsfeiern Albaniens teilgenommen hatte. In Belgrader politischen Kreisen wurde betont von routinemäßigen Konsultationen als Zweck des Besuches gesprochen.

In den letzten Monaten häuften sich Besuche jugoslawischer Parlamentarier, Militär-, Handels- und Regierungsdelegationen in China. Der neue Ton zwischen Belgrad und Peking hatte begonnen, nachdem die sowjetischen Truppen 1968 in Prag einmarschiert waren. Bis dahin hatte Tito jahrelang als "revisionistischer" Prügelknabe in der chinesischen Presse erhalten müssen. 1970 kam es dann zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen und zum Besuch des damaligen jugoslawischen Außenministers Smirko Tepavac in Peking 1971. Der jetzige Besuch war offensichtlich als Gegenbesuch zu verstehen.

Die chinesische Balkanpolitik wurde gerade in den letzten Wochen wieder besonders stark durch einige Artikel in Hsinhua und in der Volkszeitung unterstrichen, in denen von "aggressiven Absichten" und von "Hegemoniebestrebungen" der UdSSR auf dem Balkan die Rede war.

(5) Peking-Moskau: Chinesischer Jahresrückblick

Zum Abschluß des Jahres 1974 hat die VR China noch einmal eine zusammenfassende Abrechnung der sowjetischen Weltpolitik vorgenommen. In einem Bericht der chinesischen Nachrich-

tenagentur vom 25. Dezember werden acht Negativkritiken des "sowjet-revisionistischen Sozialimperialismus" hervorgehoben, durch die Moskau seine welthegeemonistischen Absichten verwirklichen wollte.

- (1) Obstruktionstaktik auf internationalen Konferenzen, die von den Ländern der Dritten Welt scharf verurteilt wird und zu einer praktischen Isolation der Sowjetunion geführt hat.
- (2) Verschärfung des "Streits mit dem US-Imperialismus um die Hegemonie in Europa" bei gleichzeitiger Scheinoffensive im Osten. Die Wachsamkeit der europäischen Länder beginnt zu wachsen. Es wird besonders auf das Beispiel Jugoslawiens verwiesen.
- (3) "Die sowjetischen Revisionisten beuten die Auswanderung der sowjetischen Juden zu ihrem eigenen Nutzen aus und schwächen damit den Kampf der arabischen Völker".
- (4) Verschärfung der Zypern-Krise aus Großmachtinteressen.
- (5) Auseinandersetzung mit den USA im Indischen Ozean, um aus Großmachtinteressen die Spannung in Südasien zu verschärfen.
- (6) Die widerrechtliche Okkupation "von zu Japan gehörenden Gebieten".
- (7) Spekulationen und Profitverhalten auf dem Weltmarkt zum Schaden der armen Länder in der Welt.
- (8) Ausgedehnte Spionagetätigkeit in allen Teilen der Welt, insbesondere in "Ghana, Tunesien, Tansania, Thailand, Japan, Westdeutschland, Neuseeland und in China".

NORDAMERIKA

(6) Auch US-Präsident Ford reist nach China

Nach Richard Nixon wird im Jahr 1975 auch US-Präsident Gerald Ford die Volksrepublik China besuchen. Dies wurde nach den Gesprächen von Außenminister Kissinger mit der chinesischen Führung in einem Gemeinsamen Kommuniqué mitgeteilt. Ford erwartet, daß mit dem Besuch die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen fortgesetzt wird. Wahrscheinlich wird Ford gegen Ende des Jahres 1975 in die chinesische Hauptstadt reisen. Vorher noch wird er den sowjetischen KP-Chef Breschnew in den USA empfangen. Mit dem Besuch will Washington offensichtlich eine Balance zwischen den amerikanischen Beziehungen mit Moskau und Peking weiter festigen. Damit würde das neue Kräfterdreieck Washington-Moskau-Peking weiter stabilisiert.

(7) Gestörte archäologische Ausstellung in Washington

Am 10. Dezember haben die chinesischen Kommunisten in Washington einen für die Amerikaner peinlichen Zwischenfall hervorgerufen. Die Große Chinesische Archäologische Ausstellung, die bereits in Paris und London gewesen war, wurde inzwischen in die National Gallery of Art in Washington überführt. Am 10. Dezember hatte die Galerie die Presse zu einer Vorschau eingeladen. Diese mußte aber in letzter Minute abgesagt werden, weil die Chinesen die Journalisten aus Taiwan, Südkorea, Südvietnam, Südafrika und Israel nicht zulassen wollten. Die Museumsdirektion wollte diese Diskriminierung nicht akzeptieren und sagte die Veranstaltung ab (Times, 11. Dezember 74).

Die Nationalchinesen, Südkoreaner, Israelis und Südafrikaner hatten später jedoch Gelegenheit, nach der offiziellen Eröffnung als Privatgäste die Ausstellungsstücke zu besichtigen.

Gegenüber den Ausstellungen in London und Paris hat sich der Katalog sowie die Beschriftung der Exponate verändert. Der Londoner Katalog war zwar wesentlich verständlicher und für einen westlichen Besucher sachdienlicher, doch wies er sich in chinesischen Augen als ideologisch verdächtig aus, so daß man sich in Peking veranlaßt sah, einen neuen Katalog zu schreiben (Times, 13.12.74).

AFRIKA

(8) Medizinische Abkommen mit Madagaskar

Die Republik Malagassy hat am 6. November 1972 mit der VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen. Ihre strategische Lage vor der ostafrikanischen Küste, die aus der Sicht Pekings im antisowjetischen Kampf um den Indischen Ozean eine bedeutsame Rolle spielt, empfiehlt sie als wichtigen Bezugspartner der VR China. China hat in Ostafrika, vor allem in Zambia und Tansania, neuerdings auch in Uganda, diplomatisch bereits festen Fuß fassen können. Freundliche Beziehungen zu Madagaskar flankieren diese Politik.

China wird Madagaskar mit medizinischem Personal und Ausrüstung sowie Impfstoff, entsprechend einer Reihe medizinischer Abkommen, dessen erstes am 10.12. in Tananarive unterzeichnet wurde, versorgen (Afp, 10.12.74).

ASIEN

(9) Renaissance der CENTO-Organisation

Die CENTO (Central Treaty Organisation) hat am 21. November ein großangelegtes Flottenmanöver im Indischen Ozean begonnen, an dem sich rd. 50 Schiffe aus den USA, Großbritannien, der Türkei, Iran und Pakistan beteiligen und das unter der Bezeichnung "Midlink 1974" läuft.

Indien betrachtet das Manöver mit Mißtrauen. Es hatte bereits gegen die Errichtung eines amerikanischen Flottenstützpunktes in Diego Garcia protestiert (dazu C.a.Mai 1974/S.240 ff.). Als bedenklich wird auch die Teilnahme Pakistans und des Iran betrachtet (Näheres dazu FAZ und NZZ, 21.11.74).

Die Volksrepublik China sieht demgegenüber, auch, wenn sie diesmal nicht ausdrücklich Stellung genommen hat, im CENTO einen wichtigen Baustein seiner antisowjetischen Strategie in Südasien, vor allem deshalb, weil die beiden Kernmächte des Bündnisses, Iran und Pakistan Peking freundlich, Moskau aber mißtrauisch bis ablehnend gegenüberstehen (Näheres dazu C.a. 1973/8, S.476 f.).

Die CENTO war am 14.2.1955 als "Bagdad-Pakt" mit den Mitgliedern Irak und Türkei gegründet worden. Großbritannien trat ihr im April, Pakistan im Juli, der Iran im November 1955 bei. Die USA arbeiten, obwohl sie nicht förmliches Mitglied sind, in den einzelnen Komitees der CENTO mit und waren seit März 1959 mit dem Iran, Pakistan und der Türkei durch gleichlautende Verteidigungsabkommen verbunden. In seine tiefste Krise geriet der Bagdad-Pakt, als der Irak 1959 austrat. Daraufhin wurde am 20. August desselben Jahres der Pakt in CENTO umbenannt. Lange Zeit schien das "Dulles-Produkt" aus der Zeit des Kalten Krieges erlahmt zu sein. Erst in jüngster Zeit, da der Iran und Pakistan entschlossen sind, einem stärkeren sowjetischen Einfluß im Mittleren Osten und im Bereich des

Indischen Ozeans entgegenzuwirken, kann von einer Neubelebung der CENTO die Rede sein.

(10) Mongolischer ZK-Vorsitzender Zedenbal zur Politik der jetzigen Führung Chinas gegenüber den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft

Anläßlich des bevorstehenden 50. Jahrestages der Volksrepublik Mongolei gab der Erste Sekretär des ZK der Mongolischen Volksrevolutionären Partei, Zedenbal, dem sowjetischen Fernsehen ein Interview und führte folgendes aus: "Die Pekinger Führer betreiben eine großmachtchauvinistische Politik und gegenüber den anderen Völkern, gegenüber den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft eine nationalistische Politik. Ihr Ziel ist, die Weltherrschaft zu erlangen. Sie betrachten die Länder der sozialistischen Gemeinschaft und vor allem ihre Hauptstütze, die Sowjetunion, als Haupthindernis bei der Verwirklichung ihres Ziels. Daher richten sie die Spitze ihrer subversiven Tätigkeit vor allem gegen das Sowjetland. Der Antisowjetismus ist zum Kernstück der Politik der chinesischen Führer geworden. Gegenüber der Mongolischen Volksrepublik betreiben die chinesischen Führer eine expansionistische Politik. Sie üben auf unser Land schweren politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Druck aus und schaffen eine schwere Krisensituation an der Grenze. Sie befassen sich mit militärischen Vorbereitungen. Durch die subversive Tätigkeit der chinesischen Führer wird der Mongolischen Volksrepublik großer ökonomischer Verlust zugefügt. Die chinesischen Führer wollen zwischen die Völker der Sowjetunion und das mongolische Volk einen Keil treiben. Wir sind aber der unerschütterlichen sowjetisch-mongolischen Freundschaft immer treu gewesen und bleiben auch weiterhin treu ... Den Kampf gegen den Maoismus betrachtet unsere Partei als ihre wichtigste Aufgabe ..." (Radio Moskau, russisch, in M.D.Asien, 25.11.74, S.2).

(11) Neuer japanischer Regierungschef kündigt Freundschaftsvertrag mit China an

Am 9. Dezember war der 67jährige Berufspolitiker und vielfache Exminister Takeo Miki vom japanischen Unterhaus mit 278 der insgesamt 491 Stimmen als Nachfolger des jetzt auch förmlich zurückgetretenen Kakuei Tanaka zum neuen Ministerpräsidenten gewählt worden. Miki hatte sich mit seinem Vorgänger, der ebenfalls der LDP angehört, in vielen Aspekten überworfen. U.a. hatte er sich dem Vorwurf von Korruption, Amtsmissbrauch und finanzieller Beeinflussung politischer Entscheidungen (durch Stimmenkauf usw.) gegen seinen Vorgänger angeschlossen. In einem Punkt aber liegt er mit ihm auf gleicher Linie, nämlich in der prochinesischen Politik. In einem in New York veröffentlichten Interview des amerikanischen Nachrichtenmagazins Newsweek sagte Miki, in nicht allzu ferner Zukunft werde ein Freundschaftsvertrag mit China unterzeichnet. Zugleich begrüßte er die bevorstehende Reise Präsident Fords in die Volksrepublik. Engere Kontakte zwischen Peking und Washington würden die Beziehungen seines Landes zu China sowie die Sicherheit und die Stabilität in der Welt begünstigen.

Spätestens der Rücktritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka hat deutlich gemacht, daß es sich keine japanische Regierung heute mehr erlauben kann, noch eine antichinesische Politik zu betreiben. Miki hat sich diesem Trend ohne Einschränkung unterworfen. Hsinhua weiß dies folgendermaßen zu ver-

melden: "Bei den Gesprächen mit den verschiedenen Gruppen innerhalb der Liberaldemokratischen Partei sagte Takeo Miki, daß es wichtig ist, wie bisher beharrlich an den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und China festzuhalten und daß die Prinzipien der Gemeinsamen Japanisch-Chinesischen Erklärung stets eingehalten werden müssen" (NCNA, 10.12.74).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(12) Gegen "Schaufensterpolitik" in der UNO-Abrüstungsdebatte

Bei der Tagung des Ersten Ausschusses (Politik und Sicherheit) der UNO-Vollversammlung wurde seit Mitte Oktober über zwölf die Abrüstung betreffende Themen verhandelt. Der chinesische Vertreter griff am 4. November die Rüstungspolitik der beiden Supermächte an, die durch die Gespräche über die Beschränkung der strategischen Waffen (SALT) keineswegs verlangsamt worden seien. In den vergangenen 10 Jahren habe sich die Zahl ihrer Interkontinentalraketen sogar verzehnfacht. Ihre Flotten kreuzten auf allen Ozeanen der Welt. Die SALT-Gespräche kennzeichneten nur den Beginn eines neuen Wettrennens.

Die Sowjetunion vor allem lege immer wieder Scheinabrüstungspläne vor. 1973 habe sie vorgeschlagen, die Militärausgaben um 10% zu reduzieren und einen Teil dieser freierwerdenden Geldmittel für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Aus zwei Gründen sei dieser Vorschlag heuchlerisch gewesen: Zum einen habe sich die Sowjetunion nicht bereit gefunden, eine Verpflichtung des Inhalts einzugehen, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden; ebensowenig sei sie willens, einigen Entwicklungsländern die Schulden für Waffenkäufe zum Widerstand gegen Aggressionen zu erlassen. 1974 habe Moskau einen Resolutionsentwurf über ein sogenanntes "Verbot der Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt und des Klimas zu militärischen und anderen Zwecken" vorgelegt. Warum aber tue die sowjetische Seite, wenn es ihr wirklich um das Wohlergehen der Menschheit gehe, nicht ein oder zwei praktisch durchführbare Dinge? Auch kümmerten sich die beiden Supermächte nicht um den Plan der Anliegerstaaten zur Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean, sondern verstärkten statt dessen ihre Militärpräsenz in diesem Raum (PRu 1974, Nr. 47, S. 9 ff.).

(13) Chinas Antrag auf Ausschließung des kambodschanischen Lon-Nol-Regimes zugunsten der FUNC von der UNO-Vollversammlung niedergestimmt

Am 28. November kam es zur Abstimmung über die Resolution zur "Wiederherstellung der Rechte der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha in den Vereinten Nationen", die von über 30 Ländern, einschließlich Albanien, Algerien und China, der 29. UNO-Vollversammlung vorgelegt worden war.

Die Chinesen wiesen darauf hin, daß die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha (GRUNC) die einzige rechtmäßige Vertretung der ganzen Nation und des Volkes sei. Die Lon-Nol-Clique halte den Sitz des Landes in der UNO illegal besetzt. In den letzten vier Jahren, seit dem Sturz Sihanouks im März 1970, habe die FUNC laufend "brillante Siege auf allen Gebieten errungen" und erfreue sich im In- und Ausland eines hohen Prestiges. Die Königliche Regierung der Nationalen Union

verwalte die Befreiten Gebiete, die 90% des Territoriums des Landes mit über 80% der Bevölkerung umfassen. Alle Ministerien der Regierung, die außerhalb des Landes arbeiteten, seien im letzten November (1973) nach Hause zurückgekehrt und hätten dort erfolgreich ihre Funktionen ausgeübt. Organe der Volksmacht seien in den Befreiten Gebieten auf Dorf-, Gemeinde-, Distrikt-, Regions- und Provinzebene durch demokratische Wahlen eingerichtet worden. Das Volk sei Herr des Landes und seines eigenen Schicksals geworden und habe sich zum Kampf gegen die reaktionären Machenschaften der Lon-Nol-Clique erhoben. Allein in der Zeit zwischen November 1973 und Mai 1974 seien nicht weniger als 210.000 Einwohner aus dem vom Feind besetzten Gebiet in die befreiten Zonen gegangen.

Auch international sei das Prestige der GRUNC gewachsen. 1973 beispielsweise habe Sihanouk 11 afrikanische und europäische Länder und der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Nationale Verteidigung (Chef der Roten Khmer) Khieu Samphan 12 Länder in Asien, Afrika und Europa bereist.

Es sei ferner bekannt, daß die Königliche Regierung von Kambodscha unter Leitung von Sihanouk 1955 Mitglied der Vereinten Nationen geworden sei und daß dieser UN-Sitz seit dem reaktionären Staatsstreich von 1970 nunmehr illegal von der Lon-Nol-Clique besetzt sei. Diese Clique aber sei nichts anderes als ein Produkt der US-Aggression und Intervention gegen Kambodscha. Sie könne niemals das kambodschanische Volk vertreten (NCNA, 25.11.74).

Diese Resolution wurde indirekt dadurch niedergestimmt, daß die Vollversammlung sich am 28. November positiv (d.h. mit 56 Ja-Stimmen bei 54 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen) für einen von den USA eingebrachten Antrag entschied, in dem Friedensverhandlungen zwischen der Regierung Lon Nol und der FUNC gefordert werden.

Der chinesische Botschafter Huang Hua bezeichnete die Entschließung als "ein Stück Papier, das völlig bedeutungslos ist". Die Resolution sei das Ergebnis eines verfahrensmäßigen Manövers, das von den USA gesteuert worden sei. In dem Beschluß wird festgestellt, daß die Regierung der Khmer-Republik trotz der ansehnlichen Herrschaft, die die FUNC in Kambodscha ausübe, immer noch Gewalt über einen größeren Anteil des kambodschanischen Volkes ausübe. Der britische Vertreter hatte u.a. darauf hingewiesen, daß ein unguter Präzedenzfall geschaffen werde, falls man eine Regierung im Exil als rechtmäßig anerkenne.

Die Sowjetunion hielt sich während der ganzen Debatte im Hintergrund und stimmte dann letztlich zusammen mit den Chinesen.

Sihanouk gab schon kurz nach dem Beschluß bekannt, daß eine Verhandlung der FUNC mit der Lon-Nol-Regierung unter keinen Umständen in Frage komme.

(14) China befürwortet die Überprüfung der UN-Charta mit Richtung auf eine Gleichstellung aller Mächte

Der VI. Ausschuß der UN-Vollversammlung schloß am 10. Dezember seine Debatte über die Frage einer Überprüfung der UN-Charta ab. Der Ausschuß billigte eine Resolution, die die Bildung eines 32 Mitglieder umfassenden Ad-hoc-Ausschusses vorsieht, der

sich mit den Beobachtungen und Anregungen zahlreicher Regierungen zur Erhöhung der Wirkungs- und Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen befassen soll. China stellt sich hinter die Forderung zahlreicher kleiner und mittelgroßer Länder, daß in den internationalen Beziehungen und auf internationalen Konferenzen alle Staaten einen gleichen Status und gleiche Rechte haben sollen und daß dies in der UN-Charta deutlich zum Ausdruck kommen müsse (NCNA, 11.12.74).

"Immer noch genießen ja einige Mächte, vor allem die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (USA, Sowjetunion, Frankreich, England und China) gewisse Vorrechte, insofern sie beispielsweise durch ihr Veto die Behandlung wichtiger Fragen blockieren können".

U.a. stellte sich der sowjetische UN-Botschafter Malik gegen einen Egalisierungsbeschluß. Dieser Protest war ein willkommener Anlaß für China, erneut auf die "hegemonistischen Bestrebungen" der sozio-imperialistischen Revisionisten hinzuweisen.

INNENPOLITIK

(15) Ideologische Begründung der Rehabilitierung hoher Führungskader

In einem Artikel der Roten Fahne (November 1974) von Li Hsin, "Die Beziehung zwischen Einheit und Kampf ist korrekt zu behandeln", findet sich ein Kommentar zu den rund zweihundert Rehabilitierungen höchster Funktionäre, die seinerzeit die Kulturrevolution hinweggespült hatte (dazu ausführlich Wolfgang Bartke in C.a. November 1974, S.702-713). Dort heißt es: "Einige Genossen, die Fehler gemacht haben, sind wieder aufgetaucht und haben sich auf neue Arbeit geworfen, nachdem Probleme grundsätzlich geklärt waren. Das hilft ihnen, sich ununterbrochen durch die Praxis des Kampfes selbst umzuformen, und ist der Sache der proletarischen Revolution zuträglich. Es bedeutet nicht, daß es falsch wäre, Kritik zu üben und gegen ihre Fehler zu kämpfen. Im Gegenteil, es zeigt an, daß diese Art von Kritik und Kampf absolut notwendig ist und sehr fruchtbare Resultate erzielen kann. Wenn wir nicht die Große Proletarische Kulturrevolution durchgeführt hätten, wären die Genossen, die Fehler machten, weiter auf dem revisionistischen Weg fortgeschritten. Eben wegen der Kritik und des Kampfes gegen ihre Fehler durch die revolutionären Massen in diesem großen Kampf gegen den Revisionismus wurde ermöglicht, daß sie aus dem Nebel des Revisionismus Rettung fanden....

Die Genossen, die irrten, haben aus ihrer eigenen Erfahrung gelernt, daß es die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao ist, die ihnen die Richtung gewiesen hat... Und es ist Kritik und Kampf von seiten der Parteiorganisationen und der revolutionären Massen, die den bürgerlichen revisionistischen Staub von ihren Körpern hinweggefegt hat. Dieses Verständnis kann sie in eine bewegende Kraft zur Fortsetzung der Revolution verwandeln" (SWB 14.11.74). Es muß also Unklarheiten darüber gegeben haben, wie die Fehler dieser erneut in Machtpositionen gelangten Führungskader in Zukunft zu behandeln seien. Dabei bleibt fraglich, ob die Trennung von abstrakten Fehlern und konkreten Personen in der Praxis immer erfolgreich sein kann.

(16) Größere Bewegungsfreiheit den Revolutionskomitees?

Seit sich die Diskussion über die Beziehung von Parteikomitees zu Revolutionskomitees, die sich in der Kulturrevolution gebildet hatten und zeitweilig die eigentlichen Träger der regionalen Macht gewesen waren, verstärkt hat, wird die Tendenz deutlich, den Revolutionskomitees im Rahmen der laufenden Kampagne weitreichendere Funktionen einzuräumen (SWB 5.12., 14.12.74). Personell wird dies durch eine Erweiterung der Mitgliederzahl der Revolutionskomitees versucht. Von dem Parteikomitee einer Hunan-Kommune heißt es, es gebe in Zukunft nur noch Richtlinien aus, während das Revolutionskomitee die spezifische Arbeit durchzuführen habe. Dem Parteikomitee fällt allerdings periodisch die Kontrolle der Revolutionskomitees zu.

(17) Zu Chous Krankheit

Meldungen ausländischer Nachrichtenagenturen, daß Chou Mitte 1974 an Magenkrebs operiert worden sei (IHT 18.11.74), sind am 19.11. von der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums dementiert worden (Le Monde 19.11.74).

(18) Vorbereitungen zum Vierten Nationalen Volkskongreß auf allen Ebenen

Wie Reuter/englisch, 3.11.74, berichtet, soll der De-facto-Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing am 12. Oktober japanischen Chefredakteuren gegenüber erklärt haben, daß der IV. Nationale Volkskongreß bald einberufen werde. Mao Tse-tung soll sich schon seit September in der zentralchinesischen Stadt Wuhan aufhalten, um dort die Vorbereitungen für den kommenden Kongreß zu treffen. Wichtige Aufgaben dieses Treffens wären u.a. die Regelung der

- Nachfolge für Chou En-lai im Amt des Ministerpräsidenten, das dieser seit nunmehr 25 Jahren ausübt!
- Nachfolge für Liu Shao-ch'i (bleibt das Amt des Staatspräsidenten erhalten, oder soll es abgeschafft werden? In dem Verfassungsentwurf von Ende 1970 war das Präsidentenamt nicht mehr berücksichtigt)
- Ernennungen auf Schlüsselposten (Verteidigung, Generalstabschef - seit 1971 unbesetzt).
- Ratifizierung einer neuen Verfassung, welche diejenige von 1954 ablösen soll.

Der Volkskongreß, der seit 1964 nicht mehr getagt hat, wäre eine deutliche Manifestation der wiedergefundenen Einheit in der chinesischen Führung. Solange er nicht stattfindet - und er wurde in der Zwischenzeit schon mehrere Male offiziell angekündigt, ohne daß diese Ankündigungen verwirklicht worden wären, kann man von tiefen interfraktionellen Spaltungen in der chinesischen Führung ausgehen (vgl. auch CHINA aktuell, Oskar Weggel: Was kommt nach Mao Tse-tung und Chou En-lai? in dieser Ausgabe). (Auch JIJI-Press, englisch, 29.10.74).

Trotz intensiver Vorbereitungen (z.B. Bauernkongreß der Provinz Kuangtung) hat man die auf Ende 1974 angesetzte Durchführung des vierten Volkskongresses nicht mehr realisieren können. Nächster Termin des so oft aufgeschobenen Kongresses: "Nach Januar". Dies haben chinesische Offizielle dem US-Senator Mansfield in Peking erklärt, der der Volksrepublik einen Besuch abstattete (SWB 17.12.74). Von dem Kongreß wird die Bestätigung erheblicher personeller Umbesetzungen erwartet.

a) PROVINZBAUERNKONGRESS KUANGTUNG

Die bereits Ende 1973 im wesentlichen neu aufgebauten Massen-